

quent politisiert werden. Zum einen wurden durch „Public Diplomacy“²⁸ Muslime adressiert, um der Etablierung des Konflikschemas Westen/Muslime entgegenzuwirken. So hatte beispielsweise in Deutschland das Auswärtige Amt den „Dialog der Kulturen“ als inhaltlichen Schwerpunkt für seine Mittlerorganisationen vorgegeben. Die Rede von Präsident Obama an der Universität von Kairo kurz nach seiner ersten Wahl, stellte ebenfalls ein Mittel öffentlicher Diplomatie dar. Auch die durch Geheimverhandlungen vorbereiteten Gespräche mit den afghanischen Taliban dienten (neben der Stabilisierung der politischen Ordnung Afghanistans) dem Ziel, Al-Qaida zu isolieren.

Die Kriminalisierung Al-Qaidas bei gleichzeitiger Politisierung der Anliegen aus ihrem engeren und weiteren Umfeld sind prinzipiell miteinander verträgliche Ansätze, die tatsächlich isolierend wirken und die Organisation Al-Qaidas stören können. Fraglich ist, ob diese Ansätze trotz ihrer jeweiligen Kosten und Risiken konsequent umgesetzt werden können. Erschwert wird dieser Ansatz durch einen aufgeblähten Sicherheitssektor, der als Zeichen des Identitätskonfliktes bestehen bleibt und die Konfliktlinie immer wieder aktualisiert.

4. ZUSAMMENFASSUNG

Die Frage, wie staatlich organisierte Sicherheitspolitik auf transnationalen Terrorismus reagiert und warum sie bestimmte Reaktionsweisen wählt, führte zunächst zur Bestimmung des Terrorismusbegriffs. Terrorismus ist politisch motivierte Gewalt nichtstaatlicher Akteure, die von dem Beobachter, der die Bezeichnung als „Terrorismus“ vornimmt, für illegitim gehalten wird. Eine terroristische Form ist transnational, wenn eine entgrenzte Zielsetzung zu internationalem Vorgehen führt. Die Zielsetzung kann sich entgrenzen, wenn durch eine fundamentalistische Weltanschauung die

28 Gemeint ist die Ansprache der Bevölkerung anderer Staaten. Solche Dialoge und Kontakte werden durch Mittel Politischer Öffentlichkeitsarbeit im Ausland sowie Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik auf Dauer gestellt (vgl. Joseph S. Nye, Jr. (2004): *Soft Power: The Means to Success in World Politics*. Public Affairs, New York.).

Ablehnung säkularer politischer Ordnung zur Hauptmotivation terroristischen Handelns wird.

Die transnational-terroristische Organisation der Al-Qaida entwickelte in den 1990er Jahren eine Weltanschauung, wonach die Macht der USA säkulare Regierungen in der islamischen Welt stützt und militärisch präsent ist, um die islamische Welt nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Daher begann die Qaida, Ziele der USA anzugreifen und baute einen Interpunktionskonflikt mit den USA auf. Dieser Interpunktionskonflikt eskalierte zu einem Identitätskonflikt, als Al-Qaida Symbole säkularer Macht in New York und Washington angriff, die USA dies als Kriegserklärung werteten und selbst mittels Kriegsführung reagierten. Der Identitätskonflikt ist ein „parasitärer“ Weltkonflikt, da er über die Sicherheitspolitik hinaus in andere Politikfelder abstrahlte, über die USA hinaus zur Entstehung vieler neuer Strukturen der Terrorismusbekämpfung führte und politische Akteure weltweit zur Positionierung im „Krieg gegen den Terrorismus“ zwang. Die Antwort mit militärischen Mitteln führte wiederum dazu, dass die Rahmung als Krieg der zivilisierten Welt zur Verteidigung von Werten von vielen Muslimen nicht geteilt wurde. Sofern sie sich selbst angegriffen wähnten, bestätigte sich scheinbar die Bewertung der Dschihadisten, wonach der Westen einen Krieg gegen die Muslime führe. Dadurch wurde die Organisation der Qaida als politischer Akteur gestärkt.

Das fehlende Wissen um die Struktur Al-Qaidas führte zu weiteren kontra-produktiven Effekten. Die verbreitete Annahme, dass es sich um ein Netzwerk handle, verleitete zu dem Ansatz, Al-Qaida zerschlagen zu wollen. Da die Qaida aber eine Organisation war – mit geregelter Mitgliedschaft, ausdifferenzierten Rollen und Hierarchie – konnte sie Führungspositionen neu besetzen. Aufgrund ihres transnational-fundamentalistischen Charakters verursachten die Zerschlagungsversuche die Entstehung von regionalen Ablegern der Organisation.

Die eingeschränkte Kommunikationsfähigkeit in Form symbolischer Großanschläge wurde durch eine Professionalisierung der Medienarbeit der Organisation Al-Qaida kompensiert, die der „Islamische Staat“ in den Zehnerjahren auf die Spitze trieb. Die staatliche Außen- und Sicherheitspolitik wiederum versuchte zunehmend mit Mitteln öffentlicher Diplomatie Muslime zu adressieren, um deren Konfliktwahrnehmung zu beeinflussen. Die Kosten und die kontra-produktiven Effekte der Kriegsführung erschie-

nen zudem nicht mehr tragbar. Deshalb wurde der Ansatz verfolgt, Al-Qaida zu isolieren, indem die Organisation selbst einer quasi-polizeilichen Bearbeitung zugeführt wurde, Akteure und Themen im Umfeld Al-Qaidas gleichzeitig in den legalen politischen Prozess überführt werden sollten.

Da dieser Ansatz der Isolierung Al-Qaidas voraussetzt, dass ihre politische Bedeutung öffentlich nicht überbewertet wird und dies zu neuerlichen Überreaktionen führt, könnte die Strategie durch die institutionellen Spuren gestört werden, die der Identitätskonflikt hinterlassen hat. Zwar ist eine weit verbreitete Erschöpfung zu spüren, wenn es beispielsweise im Vorwahlkampf der US-Demokraten 2019 zum Gemeinplatz geworden ist, vom „*endless war*“ zu sprechen, der nicht für immer weitergeführt werden könnte. Doch die Aufmerksamkeit, die dschihadistische Provokationen suchen und erhalten, müsste dann auch routinierter verwehrt werden.

